

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Frauenbüro/Gleichstellungsstelle	Drucksachen-Nr. 56/2002
<input checked="" type="checkbox"/> Öffentlich	
<input type="checkbox"/> Nicht öffentlich	
Mitteilungsvorlage	
für ▼	Sitzungsdatum
Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann	21.2.2002

Tagesordnungspunkt 7

Gender Mainstreaming - Stand der Überlegungen

Inhalt der Mitteilung

In der Sitzung des AGFM am 28.06.2001 fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:
 „Der Ausschuss für die Gleichstellung von Frau und Mann beauftragt die Verwaltung, Fach- und Sachunterlagen zusammenzustellen zum Thema Gender Mainstreaming einschließlich bereits vorhandener Erfahrungsberichte und so bald als möglich dem Ausschuss vorzulegen.“

Bisherige Aktivitäten:

- Die Gleichstellungsbeauftragte regte auf Landesebene die Einrichtung eines Arbeitskreises zum Thema Gender Mainstreaming an. Die regelmäßigen Treffen dienen dazu, dass die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten kontinuierlich Erfahrungen austauschen und den Umsetzungsprozess diskutieren.
- Neben der Teilnahme an einer Fachtagung wurden zahlreiche Adressen und Informationen aus dem Internet und aus Fachzeitschriften zusammengetragen.

Da es bisher noch keine praktischen Erfahrungen mit GM gibt, sind die folgenden Thesen erste Ergebnisse der Überlegung und keine abschließende Stellungnahme.

Woher kommt die Idee zu Gender Mainstreaming?

Die „Frauenfrage“ ist eine der gesellschaftlichen Fragen mit der längsten Tradition. Bereits im 19. Jahrhundert haben Frauen sich für ihre Rechte eingesetzt und in vielfältigen Formen um politischen und gesellschaftlichen Einfluss gerungen.

Die „neue Frauenbewegung“ in den Jahren 66/67 in den USA und Europa brachte Forderungen nach besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf die Tagesordnung. Auch damals waren sich die Frauen darüber im Klaren, dass positive Veränderungen in diesen Fragen einen Bewusstseinswandel bei Frauen und Männern erfordern.

Mit dem internationalen Jahr der Frau 1975 fanden die vielfältigen Aktivitäten auch institutionellen Widerhall, so wurden erste Stabsstellen für Frauenfragen installiert.

Seit 1982 sind in Deutschland flächendeckend Gleichstellungsbeauftragte tätig.

Trotz allem: Das alte Thema ist immer noch aktuell: Die Gleichberechtigung von Frauen in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen ist nach wie vor nicht erreicht.

Mit der Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 rückte eine neue Sichtweise, die in der internationalen Frauenforschung bereits diskutiert wurde, ins Blickfeld:

Der „Gender Ansatz“ sorgte auf der Konferenz für heftige Auseinandersetzungen. Dabei richtet sich der Blick nicht auf biologische Funktionen, sondern auf die gesellschaftlichen Bedingungen einer Rolle und diese sind bekanntlich veränderbar. (vgl. Gabriele Riedel „Wurzeln des Gender Mainstreaming“, 3.12.2001)

Was bedeutet Gender Mainstreaming?

„Gender Mainstreaming bedeutet die gleichwertige Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenssituationen von Männern und Frauen bei allen Entscheidungen und Maßnahmen zur Erreichung der tatsächlichen Chancengleichheit von Männern und Frauen.“ (Definition des Gender Workshops der Friedrich Ebert Stiftung am 17.11.2001)

Welche Thesen sind auf der auf der „theoretischen Ebene“ zu berücksichtigen?

- Gender Mainstreaming bietet Chancen, aber auch Risiken, da es ein völlig offener Prozess ist. Chancen liegen darin, dass Gender Mainstreaming als „Doppelstrategie“ genutzt wird. Das heißt, dass Frauenförderung als Teil des neuen Prozesses verstanden wird. Das Risiko liegt darin, dass „reine Frauenförderung“ fallen gelassen wird. Die Diskriminierung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ist Jahrzehnte alt. Sie ist daher nur schwer aufzubrechen. Im Gender Mainstreaming Ansatz liegt die Gefahr, dass tief verankerte soziale und kulturelle Mechanismen, die in Betrieben und in der Gesellschaft zur Diskriminierung von Frauen führen, unterschätzt bzw. nicht beachtet werden.
- Ziel des GM muss sein, die Reichweite der Frauenpolitik zu vergrößern. GM ist so eine Ergänzung zu bestehenden Frauenfördermaßnahmen und kein Ersatz.
- GM ist lediglich eine Methode, sie ersetzt nicht die politische Diskussion um die Geschlechtergerechtigkeit.
- GM und der Begriff der Geschlechtergerechtigkeit sind keine rechtlich definierten Begriffe. Im Zweifel kann der Begriff von Land zu Land und von Behörde zu Behörde anders interpretiert und umgesetzt werden.
- GM ist ein Top Down Prozess, der von der Verwaltungsspitze und der Politik vorgegeben und forciert wird.
- GM stellt die Frage nach der sozialen Umgestaltung der Gesellschaft nur teilweise. Der Bereich der unbezahlten Haus- und Familienarbeit gerät nicht in den Blick.

- Die Idee des Gender Mainstreaming ist nicht neu: In Ansätzen gegendert, wird in verschiedenen Bereichen der Kommunalverwaltung Bergisch Gladbach: Beispielfhaft in der Personalwirtschaft (auf Grundlage des Landesgleichstellungsgesetzes und des Frauenförderplans), in der Jugendhilfe (Leitlinien der Mädchenarbeit), bei der Stadtplanung (Leitfaden „Frauenbelange in der Stadtplanung“).
- Sehr erfolgreich ist der Genderprozess überregional angelaufen, bei der Vergabe von EU Geldern: Vor der Vergabe der EU-Gelder ist eine Gender Prüfung erforderlich.
- Das Landesgleichstellungsgesetz ist ein gutes Beispiel dafür, welche Strukturen Voraussetzung des GM Prozesses sein müssen: Rechtliche Rahmenbedingungen, eine fundierte Analyse , Zielvereinbarungen, Maßnahmen, die zur Zielerreichung dienen und ein Controlling, das greift. Diese Methode ist bei GM auf alle Bereiche des Verwaltungshandelns auszuweiten.

Was bedeutet Gender Mainstreaming auf der „praktischen Ebene“?

- Der GM Prozess steht ganz am Anfang. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend informierte darüber, dass die ersten Gender Trainings im Sommer 2002 starten sollen.
- Notwendig ist, dass die kommunalen Spitzenverbände Empfehlungen für die Implementierung des GM an ihre Mitglieder aussprechen.
- Erfolgreich ist die Koppelung der Vergabe von öffentlichen Geldern an die Gender Prüfung.
- GM entlarvt vorgeschobene Argumente der „Geschlechtsneutralität“ und dass Frauen „mitgemeint sind“. Dies ist nun tatsächlich zu belegen.
- GM erfordert, alle personenbezogenen Daten nach Geschlecht zu erheben und auszuwerten.
- Ein sehr gutes, weil pragmatisches Umsetzungsmodell wurde im oben erwähnten Workshop am 17.11.2001 vorgestellt:
Das Modell geht von einem „Gender-Dreisprung“ aus. Dabei müssen bei jedem Projekt unter GM Gesichtspunkten drei Ebenen betrachtet werden:
 - **die Entscheidungsebene**
 - **die Durchführungsebene**
 - **die Nutzungsebene**

Auf all diesen Ebenen muss nach dem Geschlechterverhältnis gefragt werden, um zu einer ersten groben Schätzung zu gelangen, z.B. hinsichtlich der Fragen, welche Personen/Gremien führen das Projekt durch, welche Arbeitsplätze werden durch das Projekt langfristig entstehen und welche Gruppen nutzen das Projekt (Zielgruppen).

Dieses Vorgehen wurde am Beispiel von zwei Projekten verdeutlicht:

	Bau eines Schwimmbades	Bau eines Stadions
Gesamtsumme		
Entscheidungsebene	Stadtrat 31% Frauen 69% Männer	Stadtrat 31% Frauen 69% Männer
Durchführungsebene (Arbeitsplätze bei der Erstellung)	10% Frauen 90% Männer	20% Frauen 80% Männer
Nutzungsebene		
a) Arbeitsplätze	70% Frauen 30% Männer	10% Frauen 90% Männer
b) Zielgruppe	65% Frauen 35% Männer	30% Frauen 70% Männer

(vgl. Workshop der Friedrich Ebert Stiftung am 17.11.2001 in Köln)